

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

13.3.1928 (No. 62)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatssachen:
Chefredakteur
G. A. M. U.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.- RM. einschl. Zustellgebühr. - Einzelnummer 10 Pfg. - Samstag 15 Pfg. - Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassencabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antiklische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Stagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. - Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in dem unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. - Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksrechtshilfe, Antiklische Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Der Phöbusbericht im Haushaltsausschuß

Untersuchung durch einen Unterausschuß

W.D. Berlin, 13. März. (Tel.) Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann heute die Besprechung über den Phöbusbericht.

Für die Gesamtsprache sind nur drei Stunden vorgesehen. Sollten diese, wie allgemein angenommen wird, nicht ausreichen, so wird der Ausschuß sich heute in einer Nachsitzung weiter damit beschäftigen.

Zur Geschäftsordnung nahm zunächst der Kommunist Stöcker das Wort, um eine Erneuerung des am 1. August vom Ausschuß gefassten Beschlusses auf sofortige Vorlegung des Sämtlich-Berichts zu beantragen. Der Bericht der Regierung sei eine Herausforderung des Reichstages und eine plumpe Täuschung der öffentlichen Meinung. Die wichtigsten Feststellungen des Sämtlich-Berichts seien verschwiegen, und es werde der falsche Eindruck erweckt, als sei Kapitän Lohmann allein für die Dinge verantwortlich, die tatsächlich von seinen Vorgesetzten, von dem früheren Minister Gehler und von den Reichsangelegenheiten Luthers und Marx verantwortet werden müßten. Abg. Müller-Franken (S.) widersprach diesem kommunistischen Antrag, der nur geeignet sei, die an sich schon knapp bemessene Zeit für die Besprechung des Berichtes weiter zu verkürzen.

Der kommunistische Geschäftsordnungsantrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

In der nun beginnenden Aussprache wurde von sämtlichen Parteien das Vorkommnis auf das schärfste verurteilt. Reichswehrminister Dr. Gehler erklärte auf das entschiedenste, daß er die in dem Bericht erwähnten Vorgänge auf das schärfste verurteile und sich persönlich dafür einsetze, daß etwas Ähnliches sich nicht wieder ereignen dürfe.

Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde die Einsetzung eines Unterausschusses beschlossen, der die Einzelheiten der Angelegenheit durchprüfen soll.

Auf Mittwoch steht das Notprogramm auf der Tagesordnung.

Weiteres aus dem Phöbus-Bericht

Zu dem dem Haushaltsausschuß des Reichstages zugegangenen Phöbus-Bericht heißt es - wie noch ergänzend mitgeteilt sei - in dem Abschnitt, der die Phöbus-Filmangelegenheit behandelt:

Kapitän Lohmann hat vom Jahre 1925 bis 4. August 1927 der Phöbus-Film-A.G. zu Lasten der Sondermittel mehrmals zwischenzeitlich teilweise wieder abgedeckte Darlehen zur Verfügung gestellt, die am 10. August 1927 einen Saldo von 1 067 770 M zu Lasten der Phöbus-Film-A.G. ausmachten. Außerdem hat Kapitän Lohmann nominal 1 820 000 M Aktien übernommen und dafür 1 750 000 M in bar entrichtet. Danach arbeiteten im Phöbus am 10. August 1927 2 807 770 M Lohmannmittel. Die Aktienübernahme seitens des Kapitän Lohmann erfolgte, ohne daß bis zum August 1927 einer seiner Vorgesetzten Kenntnis davon hatte. Ebenfalls hatten bis zu diesem Zeitpunkt seine Vorgesetzten von dem vorerwähnten, in den Phöbusfilm hineingegebenen Darlehensbetrag Kenntnis. Auch dem Reichsfinanzminister Reichold gegenüber ließ sich Kapitän Lohmann eine schwere Pflichtwidrigkeit zuschulden kommen dadurch, daß er ihn nicht auf diese Geldinvestition hinwies, als er sein Einverständnis zur Abgabe der am 26. März 1926 übernommenen Bürgschaft des Reiches für den 3-Millionen-Kredit der Deutschen Girozentrale an die Phöbus unter Hinweis auf die sonst nicht abwendbare amerikanische Überfremdungsgesfahr erwirkte. Diesmal haben sowohl der Reichsfinanzminister a. D. Reichold, wie der Reichswehrminister a. D. Dr. Gehler und der Admiral Jenter nicht gewußt, daß es sich bei der ihnen von Lohmann mitgeteilten selbstschuldnerischen Bürgschaft und Garantie der Lignose nur um eine Formale zur Verschleiierung der Reichsgarantie gehandelt habe, und daß sich Lohmann namens des Reiches der Lignose gegenüber verpflichtet hatte, die Lignose von allen Verbindlichkeiten aus diesen Normalgarantien freizuhalten.

Das Jahr 1927 machte jedoch eine Sonderbeschaffung neuer Geldmittel notwendig. Lohmann übernahm wiederum die Vermittlung der Bankkredite und zwar in Höhe von 8,5 Millionen Reichsmark und 920 000 M. Für diese beiden fand sich die an der Rohfilmlieferung interessierte Lignose wieder bereit, für das Reichsministerium nach außen hin in Erscheinung zu treten. Kapitän Lohmann unterzeichnete die diese beiden Kredite betreffenden Verpflichtungsscheine diesmal, ohne seine Vorgesetzten in Kenntnis zu setzen. Diese Verpflichtung, wie auch die den Kredit der Girozentrale vorausgegangene vorerwähnte Geldinvestition von 2 807 770 Reichsmark, kam erst im Anschluß an den im August 1927 erfolgten Presseveröffentlichungen an den Tag.

Die Spannung in Rumänien

M. Berlin, 13. März. (Priv.-Tel.) Nach aus Bukarest vorliegenden Meldungen hat sich in Rumänien die Spannung zwischen der liberalen und der Bauernpartei in den letzten Tagen außerordentlich verschärft. Der Bauernführer Manu hat dem Kronprinzen Carol mitgeteilt, er stehe ihm mit seiner Partei zur Verfügung, worauf Prinz Carol antwortete, er werde unter diesen Umständen seine Rechte geltend machen.

Reichswehrminister a. D. Dr. Gehler hat an Bord des Norddeutschen Lloyd-Dampfers „Lühov“ eine Orientreise angetreten, die ihn von Genoa aus u. a. nach Konstantinopel, Athen, Jerusalem,airo usw. führen wird.

Letzte Nachrichten

Die Verhaftung der deutschen Ingenieure in Russland

M. Berlin, 13. März. (Priv.-Tel.) über die Verhaftung der deutschen Ingenieure und Beamten in Russland liegen in Berlin noch immer keine abschließenden Mitteilungen vor, lediglich ein Bericht über die Unternehmung, die der deutsche Botschafter v. Brockdorff-Rausan mit Tschitscherin gehabt hat. Auch muß der Bericht des General-Konkuls in Charkow abgewartet werden, in dessen Bezirk die Verhaftungen erfolgt sind. Es hat in politischen Kreisen außerordentlich verstimmt, daß von russischer Amtlicher Seite, nämlich von Krow selbst, Darstellungen des Vorfalles gegeben worden sind, obwohl eine gerichtliche Untersuchung erst eingeleitet worden ist, also die Amtsstellen lediglich auf Grund der polizeilichen Mitteilungen ihre Behauptungen in die Welt hinausrufen.

Dr. Berlin, 13. März. (Tel.) Das Auswärtige Amt habe, wie bereits mitgeteilt, unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Verhaftungen der deutschen Ingenieure und Bauarbeiter des Donezgebietes den deutschen Botschafter in Moskau, Grafen Brockdorff-Rausan, beauftragt, sich mit den maßgebenden russischen Stellen ins Benehmen zu setzen und sich über die Gründe der Verhaftung zu informieren. Tschitscherin hat laut „D. Z.“ dem deutschen Botschafter mitgeteilt, daß eine eingehende Untersuchung der Angelegenheit angeordnet ist. Ein Ergebnis dieser Untersuchung liegt noch nicht vor.

Ein amerikanischer Vorschlag an Deutschland

W.D. Washington, 13. März. (Tel.) Das Staatsdepartement hat sich entschlossen, mit den Mächten gleichlautende Schiedsverträge abzuschließen und mit den Staaten, die keine Bryan-Verträge abgeschlossen haben, neue besondere Versöhnungsverträge zu vereinbaren, so daß künftig jeder Staat zwei Verträge mit den Vereinigten Staaten haben wird. Daher übergab Staatssekretär Kellogg gestern dem deutschen Botschafter außer einem Schiedsvertragsentwurf, der mit dem mit Frankreich abgeschlossenen Schiedsvertrag identisch ist, den Entwurf eines Versöhnungsvertrages, der mit den Bryanverträgen gleichlautend ist. Der Schiedsvertrag mit Japan, in den die Bryanbestimmungen hineingearbeitet waren, wird infolge des obigen Entschlusses in den nächsten Tagen zurückgezogen und durch zwei Entwürfe, wie die dem deutschen Botschafter überreichten, ersetzt werden.

Die Fristen des Freigabegesetzes

W.D. Berlin, 13. März. Nach dem amerikanischen Freigabegesetz, das der Präsident der Vereinigten Staaten schon unterzeichnet hat, erhalten die deutschen Berechtigten vorerst nur 80 Prozent ihres Eigentums, während die restlichen 20 Prozent zusammen mit anderen für diese Zwecke verfügbaren Beträgen zur Deckung der von der dazu eingesetzten Kommission anerkannten amerikanischen Schadenersatzforderungen verwendet werden, um später aus den eingehenden Reparationszahlungen erstattet zu werden. Da die Einbehaltung der 20 Prozent die Freigabe erst ermöglicht, wird der Alien Property Custodian in Washington von den deutschen Freigabeberechtigten die Abgabe der Erklärung verlangt, daß sie mit der vorläufigen Zurückbehaltung der 20 Prozent einverstanden seien. Diese Erklärung ist zweckmäßig gleich dem Antrage auf Freigabe beizufügen. Hat der deutsche Berechtigte bereits in Amerika einen Vertreter, so wird auch dieser Vertreter die Erklärung des Einverständnisses für seinen Klienten abgeben können, falls er von diesem Klienten eine Vollmacht vorlegen kann, die ihn zur rechtswirksamen Abgabe der Erklärung ermächtigt.

Nach den Bestimmungen des Gesetzes sind Anträge auf Freigabe innerhalb eines Jahres zu stellen. Wird diese Frist verstreut, so werden die Vermögensobjekte als Eigentum der deutschen Regierung behandelt und zur Befriedigung der amerikanischen Forderungen gegen Deutschland verwendet werden. Diese Frist dürfte auch für die Vorlegung der Einwilligungserklärung gelten, und zwar dergestalt, daß Anträge, denen die Einwilligungserklärung nicht beiliegt, von der Berücksichtigung bis auf weiteres zurückgestellt und schließlich als nicht rechtzeitig eingegangen angesehen werden, wenn die Einwilligungserklärung nicht innerhalb der für die Stellung des Freigabeantrages vorgesehenen Frist von einem Jahre noch nachgereicht wird.

Keine Fortschreibung in Sicht. Gegenüber der Mitternachtsmeldung, daß das Reichspostministerium entschlossen sei, spätestens gegen Ende des Jahres durch Abschaffung der ermäßigten Sätze für den Ortsverkehr eine neue Fortschreibung herbeizuführen, ist das Postbüro vom Reichspostministerium zu der Erklärung ermächtigt worden, daß dieses weder die Abschaffung des Ortspostos noch eine sonstige Erhöhung von Postgebühren beabsichtigt.

Zur innerpolitischen Lage

Der „Bericht über Art, Umfang und Abwicklung der sogenannten Lohmannschen Unternehmungen“ oder kurz der „Phöbus“-Bericht der Reichsregierung, ist gestern dem Haushaltsausschuß des Reichstages überreicht und gleichzeitig veröffentlicht worden. Es ist bekanntlich nicht der Originalbericht, den kürzlich Sparkommissar Sämtlich dem Reichskanzler erstattet hat, sondern es ist ein neuer Bericht, der sich an das Original wohl anlehnt, aber manches fortläßt. Und zwar sind es offenbar sehr wichtige Stellen, die fortgelassen sind. So braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß die Presse eigentlich aller Parteien den Bericht als ungenügend bezeichnet.

So betont z. B. die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, „man könne nicht behaupten, daß dieser Bericht ausreiche, um der deutschen Öffentlichkeit jenes Maß von Aufklärung zu geben, auf das sie Anspruch habe“. Man vermisse vor allem eine genaue Bezifferung der Summen, um welche es sich bei den Geschäften des Herrn Lohmann gehandelt hat, und man vermisse eine wenigstens annähernde Bezifferung des Betrags, um den das Reich geschädigt worden ist. Man vermisse ferner die Feststellung der Verantwortlichkeit. Denn damit wird sich wohl niemand abfinden, daß nun die Dinge so hingestellt werden, als ob Kapitän Lohmann der einzig Schuldige sei und allein die Verantwortung zu tragen habe. Man weiß doch zur Genüge, wie es mit der Verantwortlichkeit beim Heer und bei der Marine beschaffen ist: Postiert in einem Regiment oder auf einem Schiff etwas Ungehöriges, so wird der Chef des Regiments oder der Kommandant des Schiffes zur Rechenschaft gezogen. Herr Lohmann hat doch auch Vorgesetzte gehabt, und kein Mensch kann sich an den Gedanken gewöhnen, daß diese Vorgesetzten Herrn Lohmann jahrelang mit einer so vollkommenen Eigenmächtigkeit haben schalten und walten lassen. Wenn sie es doch getan haben, dann würde zweifellos ein bedauerlicher Mangel an pflichtgemäßer Obergewalt vorliegen.

Die zu Punkt 3 des Berichtes aufgezählten Geschäfte des Herrn Lohmann vergleicht die „Vossische Zeitung“ mit den Geschäften, welche Barbat und andere in das Untersuchungsgefängnis und auf die Anklagebank gebracht haben. Nach Ansicht der „Vossischen Zeitung“ liegt der Fall hier jedoch eher noch schlimmer. Interessant ist die Bemerkung des deutschnationalen „Vokal-anzeigers“, daß jeder, der den Bericht lese, sehen müsse, daß man hier einen Untergebenen habe handeln lassen, ohne selbst etwas wissen zu wollen.

An sich ist es erfreulich, daß die Blätter aller Parteien, die ernst genommen werden wollen, den „Phöbus“-Skandal verurteilen und eine reifliche Aufklärung verlangen. Eine solche Aufklärung kann ohne weiteres in den Sitzungen des Haushaltsausschusses gegeben werden. Dafür, daß eine Wiederholung der gerügten Vorfälle unterbleibt, ist ja bereits gesorgt. Durchaus zutreffend ist es, wenn immer wieder betont wird, daß die jetzige Reichsregierung als solche nicht für den Skandal verantwortlich gemacht werden könne. Wenn man ganz genau sein will, könnte man allerdings den früheren Reichswehrminister Gehler, der ja dem Kabinett noch bis vor kurzem angehörte, zur Rechenschaft ziehen. Aber praktisch hätte das keinen Zweck, da Herr Gehler ja, als er von dem Skandal Kenntnis erhalten hatte, die notwendigen Konsequenzen zog und von seinem Amte zurücktrat.

Selbstverständlich hat der „Phöbus“-Skandal unmittelbar mit Parteipolitik nichts zu tun. Aber es wird wohl nicht ausbleiben können, daß die Parteien, die von jeher das Treiben an gewissen Stellen der Reichsmarine kritisierten, den Fall nach irgendeiner Richtung hin ausnutzen werden. Wahrscheinlich wird aber auch die Stimmung der Wähler ohne jedes Zutun der Parteien durch den „Phöbus“-Skandal in einem Sinne beeinflusst werden, der den Parteien, denen Herr Lohmann nahesteht, nicht sehr förderlich sein kann. Man hat seinerzeit den Barbat-Skandal den Linksparteien an die Rockhölle gehängt, jetzt wird man den Lohmann-Skandal den Rechtsparteien irgendwie aufs Konto setzen. Diese Methode ist nicht gerade sehr vornehm; aber sie wird nun einmal im Kampfe der Parteien angewandt, hüben wie drüben.

Es ist durchaus möglich, daß auch bei den Potsdamer Stadtverordnetenwahlen, die am Sonntag stattfanden, die „Höbus“-Affäre die Stimmung der Wählermassen teilweise beeinflusst hat. Das Ergebnis dieser Wahlen ist jedenfalls für die Deutschnationalen geradezu niederschmetternd. Gewiß ist der absolute Verlust an Stimmen bei ihnen nur gering, dafür ist aber die erheblich größere Wahlbeteiligung restlos der Sozialdemokratie zugute gekommen, welche ihre bisherige Stimmzahl um 200 Proz., von rund 3300 auf rund 9900 Stimmen zu vergrößern wußte. Die Deutschnationalen haben drei Mandate verloren, die Sozialdemokraten neun gewonnen. Und das in jenem Potsdam, das bisher als der Hort deutschnationalen Geistes gegolten hat! Verluste haben auch die Deutschdemokraten und die Mittelstandspartei zu verzeichnen. Vernichtend war die Niederlage der Deutschvölkischen: sie haben überhaupt kein Mandat mehr zu erringen vermocht. Ihren Besitzstand gewahrt haben die Deutsche Volkspartei, die Kommunisten und das Zentrum. Die Bodenreformer, die bei dieser Wahl zum erstenmal in Potsdam an die Öffentlichkeit traten, aber wohl im ganzen den Demokraten nabestehen, haben ein Mandat erobert.

Im alten Potsdamer Stadtparlament hatten die Deutschnationalen mit den Völkischen zusammen 23 Mandate von 43, also die Mehrheit. Jetzt haben sie nur noch 16 Mandate. Auch mit der Deutschen Volkspartei können sie keine Mehrheit bilden, sondern sind dabei auf die Hilfe der Mittelstandspartei angewiesen. Aber selbst dann würde die Mehrheit sehr klein sein. Mit Recht nennen deutschnationale Organe die Stadtverordnetenwahlen von Potsdam eine Menetekel für ihre Partei.

Politische Neuigkeiten

Eine Rede Dr. Köhlers in Hildesheim

Reichsfinanzminister Dr. Köhler sprach in Hildesheim im katholischen Gesellenhaus über das Thema „Die Aufgaben der deutschen Zentrumspartei“. Dabei betonte der Minister u. a., daß es in der deutschen Schulfrage für das Zentrum kein Zurück mehr geben könne. Wir wollen eine klare Abgrenzung der Aufgaben zwischen Reich und Ländern. Die Reform der Verwaltung werde und müsse kommen. Auch die Wahlrechtsreformfrage müsse gelöst werden. In bezug auf die Not der deutschen Landwirtschaft werde es notwendig sein, daß der neue Reichstag über das Notprogramm hinaus weitere Maßnahmen trifft, um unsere Landwirtschaft am Leben zu erhalten. Der Minister trat auch entschieden den Gerüchten über eine etwaige Inflation entgegen, die deutsche Reichsmark habe noch nie so fest gestanden wie heute, was selbst der Reparationsagent betonte. Zur Höbusangelegenheit bemerkte der Redner, er habe es während der ganzen Untersuchung der Angelegenheit strikte abgelehnt, irgendwelche Mittel zur Abwicklung dieser Angelegenheit zur Verfügung zu stellen. Die ganze Sache aber unmöglich auf das Konto der jetzigen Regierung geschrieben werden. — Zu einer Betrachtung der Reichsfinanzen übergehend, sprach der Minister dahin aus, daß die Finanzlage trotz der angespannten Lage eine gesunde sei. Die im Ergänzungsetat vorgesehenen Finanzierungen seien absolut einwandfrei. Er habe den Etat des Reiches unter allen Umständen im Gleichgewicht zu halten verstanden. Im übrigen stehe u. a. noch eine recht starke Reserve im Spiritusmonopol. Immerhin drückten die Lasten des verlorenen Krieges außerordentlich hart und ließen eine sparsame öffentliche Wirtschaft für ratsam erscheinen.

Einigung in der Schuhindustrie. Laut „Vorwärts“ gelang es bei Verhandlungen über den Neuabschluss des Reichstarifes für die Schuhindustrie schließlich zu einer Einigung zu kommen. Hiernach werden die Löhne ab 1. April um 4 Pf. pro Stunde in der Spitze erhöht. Der Manteltarif, der als wesentliche Verbesserung die Urlaubszahlung für Heimarbeiter enthält, ist für zwei Jahre, d. h. bis 1. April 1930, abgeschlossen worden.

Bei Anna Pawlowa

Das Anna-Pawlowa-Ballett hat Repetitionsstunde. Ich frage einen der jungen Tänzer, wer der Herr sei. „C'est Monsieur Dandré, le mari de Madame Pawlowa.“ Der Chemann der Tänzerin Anna Pawlowa. Er tritt jetzt zu mir: „Wenn Sie Madame sprechen wollen, dann kommen Sie, bitte.“ Und er führt mich in ihre Garderobe.

Da sitzt eine junge, hübsche, feingliedrige Frau in ihrem Tanzkostüm und wird gerade von einer Malerin gezeichnet. Sie reicht mir die Hand und, wenn mir nicht durch den Kopf schöße, daß ich diese Hand schon einmal vor dreizehn Jahren gefühlt hätte, ich würde es nicht für möglich halten, daß diese junge Person Anna Pawlowa ist. Ich habe Mühe, sie eine Weile zu betrachten, während der Stiff der Malerin auf dem Zeichenblock kracht. Wieviel natürlichen Charms, wieviel Grazie hat diese geniale Frau! Sie freut sich, daß sie wieder in Deutschland tanzen kann. „In keinem Lande der Welt hat man jetzt soviel Verständnis für die Tanzkunst wie in Deutschland“, sagt sie. „Nennen Sie denn die deutschen Tanzschulen, ihre Künstler und ihre Probleme, daß Sie zu einem so schmeichelhaften Urteil kommen?“ fragte ich und nenne den Namen Mary Wigman, Laban und Dalcroze. „Aber selbstverständlich“, erwidert sie und erzählt, daß sie im vergangenen Jahr, als sie zum erstenmal nach dem Kriege nach Deutschland kam, eigens nach Dresden gefahren sei, um die Wigman und die Sella zu sehen. — Was sie denn von dieser Art Tanzkunst halte? — „All diese Bestrebungen interessieren mich sehr“, sagt sie, „das Sympathische ist, daß es heute unter den Tanzkünstlern Menschen gibt, die Neues suchen. Das ist wichtig und notwendig. Aber mir scheint, daß man in Deutschland etwas zu einseitig ist.“ „Sehen Sie“, fährt sie fort, und vergißt, hingetrieben von ihrem Gedanken, daß sie Modell sitzt, „die Tanzkunst ist nun einmal auf dem Boden der klassischen Schule begründet, die seit drei Jahrhunderten existiert. Wenn man diese Schule beherrscht, kann man machen was man will. Dann kann man auch auf die Suche nach etwas Neuem gehen, dann kann man die Grundlage, die man hat, nach allen Richtungen erweitern.“ — „Demnach beurteilen Sie also eigentlich die modernen Bestrebungen in der Tanzkunst?“

„Keineswegs, im Gegenteil! Es ist dringend notwendig, daß in den klassischen Tanz moderne Tendenzen hineingetragen werden. Aber mir scheint, daß alle modernen Tanz-

Die deutsch-englischen Handelsvertragsbeziehungen

Im englischen Unterhaus erklärte Chamberlain auf verschiedene, den deutsch-englischen Handelsvertrag betreffende Fragen u. a., seit dem Bestehen dieses Vertrages sei der englischen Regierung von Zeit zu Zeit mitgeteilt worden, daß die deutsche Regierung bestimmte Einfuhrabgaben als in Widerspruch zu dem Vertrag bzw. dem angehängten Protokoll stehend ansehe, eine Auffassung, der die englische Regierung nicht beistimmen könne. Sowie ihm bekannt sei, habe die deutsche Regierung bereits die Absicht angekündigt, den Vertrag zu kündigen. Er hoffe aber, daß über einen anderen Vertrag verhandelt werden würde, wobei sich England allerdings eine gewisse Freiheit bewahren müsse, vor allem hinsichtlich seiner fiskalischen Maßnahmen, und sich nicht im Voraus die Hände binden lassen könne.

Der Ausbau der schweizerischen Wasserkraft

Das eidgenössische Amt für Wasserwirtschaft hat über den Stand des Ausbaues der schweizerischen Wasserkraft auf Grund von Erhebungen bei den Werken und unter Mitwirkung der Kantone eine interessante und umfangreiche Statistik aufgestellt. Danach bestanden am 1. Januar 1928 in der Schweiz 6015 ausgebaute und im Bau befindliche Wasserkraftanlagen mit einer installierten Kraft von zusammen 2 538 000 PS. Obwohl sich die Zahl der Wasserkraftanlagen gegenüber 1914 um circa 12 Prozent vermindert hat, indem viele kleinere Werke eingingen, erhöhte sich die installierte Leistung unter Einrechnung der gegenwärtig im Bau befindlichen Anlagen seither auf dem nahezu dreifachen Betrag. Die Leistung der am 1. Januar 1928 bestehenden 5789 kleineren Werke mit weniger als 450 PS. (300 KW.) installierter Leistung macht nur 5 Prozent der totalen installierten Leistung aller Anlagen aus.

Die polnischen Senatswahlen

Das vorläufige Gesamtergebnis der Senatswahlen in Polen zeigt eine bedeutende Stärkung des Regierungsbundes und des Minderheitenbundes. Dagegen haben die Sozialisten eine geringe Schwächung erfahren. Der Nationalkatholische Block (in der Hauptsache Nationaldemokraten und die Witospartei) sind nur mit sehr kleinen Gruppen in den Senat hineingekommen. Die Regierungsliste hat von 111 Mandaten 49 Mandate erlangt. Der Minderheitenblock erhielt 23 Mandate, die Sozialisten 10, der Nationalkatholische Block 9, die Nationalbauernpartei 7, die Witospartei und die Christlichen Demokraten zusammen 6 Mandate. Die Donzki-Bauernpartei erwang drei Mandate. Die Nationale Arbeiterpartei 2, die Korfanthgruppe 1 und die galizischen Zionisten ebenfalls ein Mandat.

Die Deutschen haben auch bei den Senatswahlen gut abgeschnitten, da sie wiederum in der früheren Stärke in den Senat einzugehen werden. Für das verlorene zweite Mandat in Oberschlesien ist ein neues im Korridor erobert worden, so daß sich die Neubereitstellung der fünf deutschen Mandate folgendermaßen darstellt. In Oberschlesien, Posen, Pommerellen und Lodz je ein Mandat und das fünfte auf der Landesliste. Die Deutschen haben gegen die Senatswahlen in Oberschlesien, die unter außerordentlich starkem Terror vor sich gegangen sind, Einspruch erhoben.

Betterer geringer Rückgang der Arbeitslosigkeit. In der Arbeitslosenversicherung hat sich der Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Zeit vom 15. bis 29. Februar 1928 in dem gleichen langsamen Tempo fortgesetzt wie in der ersten Februarhälfte. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger war am 29. Februar 1928 rund 1 287 500 gegenüber 1 291 000 am 15. Februar 1928. Die Abnahme beträgt also 4,1 Proz. Die Krisenfürsorge zeigt für den gleichen Zeitraum nur einen geringen Rückgang um 0,3 Proz. (rund 215 000 Hauptunterstützungsempfänger gegenüber 215 500 am 15. Februar 1928). Der langsame Rückgang der Arbeitslosigkeit dürfte im wesentlichen darauf zurückzuführen sein, daß die Saisonarbeiten, insbesondere im Baugewerbe, infolge der schwankenden Witterung und aus anderen Gründen nur zögernd in Gang kommen.

Ende des Berliner Werkzeugmacherstreiks. Der Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie ist für verbindlich erklärt worden und damit ist der Werkzeugmacherstreik als beendet anzusehen. Die Arbeit wird am Mittwoch wieder aufgenommen werden. Entgegen den Aufforderungen der kommunistischen Opposition, die Bewegung weiter fortzusetzen und auszuweiten, erklärte die Berliner Ortsleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen der Streik als beendet erklärt werden mußte.

Künstler und Tanzkünstlerinnen, die eine neue Idee propagieren, um ihre willkürliche andere Schule zu verwerfen. Sie interessieren sich nicht für den klassischen Tanz, sie können ihn zum Teil gar nicht. Er existiert für sie einfach nicht, und das ist ein großer Fehler. Denn damit fehlt ihnen die Grundlage, auf der sie weiterkommen können, das Wesentliche, die Technik. Sie kennen nur ihre Nuancen, die auf die Dauer das Publikum ermüden müssen, denn es sind ja nur Teile der großen Schule.

Später habe ich mit Monsieur Dandré, dem Mann der Tänzerin Anna Pawlowa, in seinem provisorischen Büro und wir sprachen weiter über Tanz und Ballett. — Einen sehr wechselvollen Schicksalsweg hat die Künstlertruppe hinter sich, seit sie im Juni 1914 ihre amerikanische Tournee begann und seither die Welt durchkreuzt, ohne in ihre eigentliche Heimat Russland zurückkehren zu können. Im Laufe der Jahre sind viele der weiblichen Mitglieder ausgeschieden. Aus der rein russischen Truppe ist ein internationales Ballett geworden. Die meisten weiblichen Mitglieder sind heute Engländerinnen und nur die Männer sind noch fast durchweg Russen und Polen.

„Warum haben Sie gerade Engländerinnen in Ihrer Ballett aufgenommen? Warum nicht Französinen oder andere Frauen romantischer Klasse?“ — „Wir leben in England“, erwidert Monsieur Dandré, „und es lag deshalb nahe, gerade Engländerinnen zu engagieren, zumal es eine ganze Reihe sehr guter Ballettschulen in London gibt, aus denen ganz vorzügliche Tänzerinnen hervorgegangen sind. Aber der hauptsächlichste Grund ist, daß wir von wohlhabenden Menschen umgeben sein wollen. Alle unsere Ballettmitglieder stammen aus guten Familien. Die jungen Mädchen sind uns anvertraut worden, und wir — wir können uns auf sie verlassen. Sie sind fleißig, sie sind erlöst, es gibt keine Affären.“

Der Bibliotheksbau des Deutschen Museums in München, der eine Teil des künftigen Studiengebäudes, wird nach den Ideen des mit dem zweiten Preise ausgezeichneten Entwurfes von Prof. Freese, Karlsruhe, erbaut, so daß damit ein Karlsruher Architekt an einer großen Bauaufgabe in der bayerischen Landeshauptstadt beteiligt ist. Die Bauarbeiten für das Studiengebäude, das sieben Millionen kosten soll, werden demnächst in Angriff genommen.

Der Sitz des Generalsekretariats der Gewerkschaftsinternationale. Das Pariser Blatt „Peuple“ berichtet, daß bei den Beratungen des Nationalrates des Allgemeinen Arbeiterverbandes (G.A.) die in Paris begonnen haben, die Frage des Sitzes des Generalsekretariats der gewerkschaftlichen Internationale angeht. Mit einer Stimme Mehrheit wurde Berlin bestimmt, aber die deutschen Delegierten erklärten, diese Wahl nicht annehmen zu können, da zahlreiche Vertreter der nationalen Zentralen sich mangels eines Mandates bei der Abstimmung der Stimme enthalten hätten. Es wurde daher beschlossen, die endgültige Festsetzung des Sitzes auf die im Juli in Amsterdam stattfindende Zusammenkunft zu vertragen.

Unruhen gelegentlich einer pazifistischen Versammlung. Die Kölner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft veranstaltete am Montag eine große Kundgebung, in deren Mittelpunkt ein Vortrag des Professors Dr. Lubbe stand. Dabei kam es, wie das „W. T.“ meldet, zu schweren Ausschreitungen der Nationalsozialisten, die in einer Stärke von etwa 100 Mann erschienen waren, um die Versammlung zu sprengen. Sie warfen Stühle von der Galerie in das Publikum, wobei eine Panik entstand und eine Anzahl Besucher verletzt wurde. Die Schupo drängte die Ruhestörer aus dem Saal und nahm 15 Verhaftungen vor. Die Versammlung konnte dann unter polizeilichem Schutz ungehindert zu Ende geführt werden.

Fehlbeträge bei der Konsumgenossenschaft der Reichsbank. Wie aus Berlin gemeldet wird, hat die Staatsanwaltschaft gegenwärtig eine Untersuchung gegen den Leiter einer Filiale des Konsumvereins der Reichsbank, sowie gegen einige Mitglieder des Vorstandes eingeleitet. Es handelt sich darum, daß bei einer Filiale des Reichsbankkonsumvereins Fehlbeträge festgestellt worden sind, die dem Aufsichtsrat nicht zur Kenntnis gebracht worden und die auch in der Bilanz nicht zum Ausdruck gekommen sind.

Kurze Nachrichten

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat am Montagabend mit dem japanischen Gesandten in Genf die Rückreise nach Berlin angetreten, wo er heute Dienstag nachmittag ein treffen wird.

Die Buchdrucker lehnen ab. Wie der „Vorwärts“ meldet, haben die Gauleiterkonferenzen der drei Tarifgewerkschaften des Buchdruckgewerbes den Schiedsspruch des Zentralarbiters, der die Löhne der Buchdrucker in der Spitze um 3,50 M erhöhte, abgelehnt. Die Vorstände der drei Gewerkschaften sind diesem Beschluß beigetreten. Die Unternehmer haben ihre Stellungnahme zu dem Schiedsspruch noch nicht bekanntgegeben.

Tarifkündigung der Textilangestellten. Die Gehaltsstarife für die gesamte Textilindustrie, d. h. für die Bekleidungsindustrie, den Textilgroßhandel und die Textilwirtschaft, sind durch die Angestelltenverbände zum Ablauf dieses Monats gekündigt worden, so daß sich insgesamt etwa 20 000 Angestellte dieser Branchen in einer Lohnbewegung befinden.

Keine einseitige Verfüng gegen Ford. Das Berliner Landgericht I hat die vom Reichsverband der Automobilindustrie gegen die Ford-Motor-Company erwiderte einseitige Verfüng durch Urteil vom 10. März aufgehoben.

Zentrumslandrenturen. Berliner Blättern zufolge verläßt, daß Fürst Löwentzin und der frühere Reichsfinanzminister Dr. Dermes an sicherer Stelle auf der Reichsliste des Zentrums aufgestellt werden sollen.

Zur bevorstehenden Ankunft des Königs von Afghanistan in London veröffentlicht das dortigen Blätter herliche Begrüßungsartikel. Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ nennt ihn den erklärten Vorläufer der Erhebung des neuen Afghans gegen den Westen.

Die Wahlrechtsveränderung in England. Im englischen Unterhaus brachte der Minister des Innern die Gesetzesvorlage ein, durch die nunmehr auch die Frauen bereits vom 21. Lebensjahre an das aktive Wahlrecht erhalten. Die Vorlage wurde in der ersten Lesung angenommen.

Zeitungsverbote in Frankreich. Wie das „Journal“ mitteilt, hat Innenminister Sarraut den Verkauf und Vertrieb von drei weiteren Zeitungen in Frankreich verboten. Es handelt sich um die „Hamburger Volkszeitung“, die in Brüssel in flämischer Sprache erscheinende Zeitung „Noode Waan“ und den in Paris in italienischer Sprache erscheinenden „Il Laboratorio Internazionale“.

Aufdeckung einer kommunistischen Organisation in Lettland. Die politische Polizei in Riga deckte eine illegale Organisation von Kommunisten und Juden auf, deren Führer litauische Emigranten sind. Fünf Mitglieder der Organisation, darunter zwei litauische Staatsangehörige, wurden verhaftet. Die Organisation hielt geheime Versammlungen ab und brachte verbotene Schriften in Umlauf.

Einer kommunistisch-weirussischen Jugendorganisation ist die polnische Polizei in Warschau auf die Spur gekommen. Mehrere Personen wurden verhaftet. Beschlagnahmt wurde u. a. ein geheimer Brief der Moskauer Komintern, worin diese ihrer Unzufriedenheit über den für die Kommunisten schlechten Wahlverlauf in Polen Ausdruck gibt. In dem Brief wird auch auf die ungeheueren von den Kommunisten zwecks in Polen zu Propagandazwecken verausgabten Summen aufmerksam gemacht.

Verschiedenes

Die Prämie der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie. B.V. Berlin, 13. März. (Tel.) In der heutigen Vormittagsziehung der 5. Klasse der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie entfiel auf die Nummer 257 291 ein Gewinn von 2000 Reichsmark und die Prämie in Höhe von 500 000 M. Die Nummer wird in einer Abteilung in Berlin, in der anderen in Kienburg (Hannover) geteilt.

Gold ins Meer gefallen. B.V. New York, 13. März. (Tel.) (Reuter.) Als am Freitag nachmittag 60 Goldbarren im Werte von je 50 000 Dollars an Bord des italienischen Dampfers „Roma“ gebracht wurden, fielen zwei Barren ins Wasser. Der eine wurde von Tauchern wiedergefunden. In Bankkreisen wird vermutet, daß das Gold einer hiesigen Bank für Deckung der Banca d'Italia entnommen wurde. Unverlässiges ist jedoch nicht bekannt. Sollte die Vermutung stimmen, dann würde es sich hier um die ersten Goldentkäufe handeln, die seit dem Krieges für die italienische Regierung auf dem New Yorker Markt erfolgten.

Die Kälte in Frankreich. B.V. Paris, 13. März. (Tel.) Die Morgenpresse veröffentlicht eine Übersicht über die im Verlaufe der vergangenen Nacht festgestellten Kälteunterschiede in Frankreich. Danach ist die stärkste Kälte in St. Etienne festgestellt worden mit 12 Grad. In der Marne wurden 10 Grad, in den Ardennen 7½ Grad festgestellt.

Badischer Teil

Fahrplanbesprechung in Basel

Im Sitzungsjaal der Deutschen Handelskammer in Basel fand am Freitag die übliche Fahrplanbesprechung der Reichsbahndirektion Karlsruhe statt, bei der letztere wiederum durch Oberregierungsrat Fingado aus Karlsruhe vertreten war. Dieser äußerte sich ausführlich über die durchgreifenden Verbesserungen im Fernverkehr zwischen den deutschen Stationen und der schweizerischen Grenzstation Basel durch die bereits mitgeteilte Einlegung von Pullmangügen, die von Holland her durch deutsches Gebiet nach der Schweiz gehen. Die Fahrzeiten dieser Züge sind in jeder Richtung um eine halbe Stunde kürzer als im Besonderen vor dem Kriege. Er verwies ferner auf die Einführung eines direkten Schlafwagenszuges ab Berlin über Frankfurt-Mannheim-Basel-Büchli nach Garmisch, sowie die Einlegung eines Saisonschnellzuges zur Entlastung der Berliner D-Züge 1 und 2. Auch hier würden wertvolle Beschleunigungen zur Durchführung kommen. Während der Hauptverkehrszeit sollen auch bessere Verbindungen mit den niederrheinischen Gebieten geschaffen werden. Des Weiteren machte Oberregierungsrat Fingado Mitteilung über die bereits gleichfalls beantragte Verbesserung auf der Linie Basel-Schaffhausen-Konstanz und auf der Wiesentalbahn, die ein neues Sonntagspersonenzugpaar erhält. Auch die Strecke Basel-Freiburg soll durch neue Sonntagszüge befahren werden.

Direktor Vorken von der Deutschen Handelskammer, sowie der Sekretär des Basler Verkehrsvereins, Öttinger, äußerten sich sehr anerkennend über den Fahrplanentwurf und brachten weitere Wünsche zum Ausdruck. Darunter befand sich ein solcher, der sich auf direkte Wagen von und nach Stambinaviem auch über Basel und die Linien der Schweizerischen Bundesbahnen nach Italien beziehen. Hinsichtlich des Lokalverkehrs wurde die Einführung von Sonntagsfahrarten nach den Badenstationen gewünscht, ferner ein Einwirken auf die Bahngesellschaft, die die Linie Zell-Lobnau betreibt, für bessere Ausgestaltung, besonders des Sonntagsfahrplans zu sorgen. Angeregt wurde auch die Einführung eines Winterportzuges Basel-Freiburg-Bühlental-Bärenthal, färdere Befahrung der Haltestelle Grenschacher Horn, sowie der Strecke Basel-Leopoldsdöle-Galtingen. Zum Schluss setzte sich der Sekretär des Basler Verkehrsvereins, Öttinger, für die Beschaffung der Grenzpassive ein, ein Wunsch, der auch von anderer Seite, so von Oberregierungsrat Fingado, lebhaft befürwortet wurde.

Badische Historische Kommission

In Ergänzung und Berichtigung einer durch die Presse gegangenen Mitteilung über die Tätigkeit der Badischen Historischen Kommission sei darauf hingewiesen, daß mit der Weiterführung der badischen Biographien, für die erfahrungsgemäß reges Interesse besteht, Geheimrat Archibald Director a. D. Dr. Ober in Verbindung mit Archivrat Prof. Dr. Cartellieri betraut worden ist. Mit der Vorbereitung der Herausgabe von Quellen zur badischen Kunstgeschichte wurden Geheimrat Dr. Ober, Museumsdirektor Dr. Kott und Prof. Dr. Sauer beauftragt. Vorsitzender der Kommission ist Geheimrat Prof. Dr. Fink in Freiburg, Bearbeiter der Korrespondenz des Fürstbistums Martin Gerber von St. Blasien, Geheimrat Prof. Dr. Pfeilschifter, München.

Lohnbewegungen in Baden

Rückbildung in der badischen Textilindustrie. Die Arbeiter der mechanischen Wundweberei Wehr sind in eine Lohnbewegung eingetreten und haben eine Kollektivkündigung überreicht. Der Schritt wurde nach einem Anschlag der Firma unternommen, wonach ab 26. März die Löhne um nicht weniger als 20 Proz. herabgesetzt würden. Die bisher mit der Firma geführten Verhandlungen waren ergebnislos verlaufen. Es handelt sich um 800 Arbeiter.

Aus den Parteien

Wie der „Bad. Beobachter“ meldet, hat der Handels- und Industrieverein der badischen und württembergischen Zentrumsparlei in einer gemeinsamen Tagung in Pforzheim zu dem Verhältnis von Reich und Ländern eingehend Stellung genommen. Die Grundzüge und Richtlinien der deutschen Zentrumsparlei wurden als maßgebend anerkannt. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung erfordere jedoch gezielte Maßnahmen, die die süddeutschen Länder zu einem organisierten Staat vereint werden. Der Handels- und Industrieverein der Zentrumsparlei erwarte, daß sich der Gesetzgeber auf diesen Gedanken einstelle, weil sonst die Entwicklung, gefördert durch gewisse mächtige Faktoren, Wege nehmen könne, welche dem süddeutschen politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus gesehen, unter allen Umständen vermieden werden müßte.

Zur Frage einer Kandidatur Wirth hatten Berliner Blätter gemeldet, daß das badische Zentrum diese von der Unterzeichnung eines Verweises abhängig gemacht habe, worin Dr. Wirth sich zur Wahrung der Parteizucht verpflichten müsse. Er habe für seine Entscheidung eine einwöchige Bedenkzeit erhalten. Dazu schreibt der „Bad. Beob.“ u. a.: „Ob etwas und was an der obigen Meldung wahr ist, wissen wir nicht. Das halten wir allerdings für selbstverständlich, daß Herr Dr. Wirth eine Kandidatur für die Zentrumsparlei nur dann annehmen kann, wenn er zuvor eine entsprechende Erklärung abgibt, die das Zentrum von dem Gange und Wange der Vergangenheit befreit. Wir sind der Überzeugung, daß weder Gegner noch Freunde der Zentrumsparlei das anders erwarten.“

Tagungen

Am Sonntag trafen sich im „Schwarzen Schiff“ in Heidelberg 84 Vertreter der technischen Fachgruppen der Gewerkschaften Baden-Württemberg und Hessen im Gewerkschaftsbund der Angestellten (GWA) zu einer Tagung. Der Vorsitzende der Reichsfachgruppen und Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Ingenieur Fromholz, gab einen Überblick über die im vergangenen Jahre geleistete sozialpolitische Arbeit. Mit den Arbeitsgerichten habe man bisher im allgemeinen gute Erfahrungen gemacht, und es sei anzunehmen, daß technisch geschulte Angestellte zu Weisungen bestimmt werden. Die Unterbringung älterer technischer Angestellter, vor allem solcher, die das 40. und 50. Lebensjahr überschritten haben, sei sehr schwierig und häufig einfach unmöglich. Nach Ansicht des Redners müsse angesichts der veränderten wirtschaftlichen Lage der Welt nach dem Kriege eine gewisse Ausbildung vom Industriestaat zum Agrarstaat in Deutschland einsehen, gleichzeitig auch eine Auswanderung ermöglicht werden für die überschüssigen Kräfte aus der Industrie. Zu erstreben sei die Erhöhung der Gehälter und die Herabsetzung der Altersgrenze in der Angestelltenversicherung. In einer Entschließung wird der Standpunkt vertreten, daß es auch den Gehalts- und Lohnempfängern möglich gemacht werden muß, Sparkapitalien zu bilden.

Gemeinde-Rundschaun

Veränderung im Mannheimer Bürgerausschuß. Wegen Verlegung seines Wohnsitzes nach Kassel hat der sozialdemokratische Stadtverordnete Reichel sein Amt als Stadtverordneter niedergelegt. Nachfolger ist der Dreher Konrad Haas. Bei der Bürgermeisterwahl in Odenheim am Samstag wurde Stadtrat Klein, Heidelberg, mit 38 Stimmen zum Bürgermeister gewählt.

Um den Bürgermeisterposten von Rheinfelden. Die vier für den Bürgermeisterposten in engere Wahl gezogenen Kandidaten haben sich dieser Tage hier vorgestellt. Es sind dies Dr. Voos, zur Zeit Bürgermeister in Bühlertal, Ratsschreiber Pfister, Säckingen, Verwaltungsinspektor Berchinger, Sickingen, und Dr. Bräuninger, zur Zeit Bürgermeister in Ballstadt bei Mannheim.

Ein viel begehrter Posten. Um die Verwaltungstelle an der Kreisplegeanstalt in Geislingen sind, wie man hört, 55 Bewerbungen eingelaufen. Die Entscheidung soll in den nächsten Tagen fallen.

Die Gemeindefeuer in Freiburg für das Rechnungsjahr 1927 soll nach einem Vorschlag des Stadtrats wie folgt zur Erhebung gelangen: 105,5 Pf für das Grundvermögen, 88,76 Pf für das Betriebsvermögen und 633 Pf vom Gewerbesteuerbeitrag.

Bad Dürkheim und die Badische Landesversicherungsanstalt. Zwischen dem Gemeinderat Bad Dürkheim und dem Aufsichtsrat der Badischen Landesversicherungsanstalt Karlsruhe, die in Bad Dürkheim bekanntlich ein Erholungsheim mit 200 Betten errichten will, ist es bei einer neuerlichen Zusammenkunft am letzten Samstag wiederum zu keiner Einigung über die Platzfrage gekommen. Die Angelegenheit wird wahrscheinlich durch eine Bürgerversammlung entschieden werden.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruher Presse. Infolge des Übergangs des „Karlsruher Tagblattes“ in andere Hände sind außer dem bisherigen Chefredakteur Hermann von Loer aus der Redaktion des genannten Blattes ausgeschieden: Handelsredakteur Heinrich Nippel und der politische Redakteur H. Voss. Die redaktionelle Leitung des Blattes liegt jetzt in den Händen des bisherigen politischen Redakteurs der „Badischen Presse“, Dr. G. Bräuner. Am 1. April wird der seitherige Herausgeber der badischen Zentrumskorrespondenz, Dr. Wälz, aus seinem Amt ausscheiden. Er wird nach Berlin übersiedeln und dort als Teilhaber in einen dortigen Zeitungsverlag eintreten. Die Korrespondenz selbst wird mit dem 1. April in Parteieigentum übergehen und die Leitung Dr. Otto Fäber in Karlsruhe übernehmen.

Frühlingsmodenschau. Die eigentliche Frühjahrsfashion hatte mit dem besonders schönen Vorfrühlingswetter nun begonnen und so hatten am Samstag, nachmittags und abends, die Firma Hugo Landauer (Damenmoden), Geschwister Gutmann (Hüte), E. Loew-Söglke (Schuhe), Friedrich Bloss (Schirme, Taschen) und Drehschuh & Siegel (Leppiche), zu einer Modenschau im Saale der Eintracht eingeladen. Eine besondere Note erhielt die Veranstaltung durch die Anwesenheit von Hilde Zimmermann, der durch Modejournale und Zeitungen bekannten „deutschen Modenkönigin“, welche nebst der „Bisgönigin“ und nur ersten Mannequins die begehrten Toiletten dem Publikum vorführten. Der Start galt in erster Linie dem Vormittagsanflug der Dame für Straße und Sport. Das Modedesign Landauer hat für diesen Zweck eine besondere Auswahl apter Modelle vorgeführt, die hinsichtlich Zusammenstellung und Geschmack vorbildlich zu nennen sind. Anschließend wurden die neuen Kostümmode mit den stets dazu passenden Hüfen, besonders sehr zusammengefaßt gezeigt; sie haben, wie man allgemein hören konnte, großem Beifall gefunden. Den Anzug, den die modisch gekleidete Dame für die Nachmittagspromenade, sowie zum 5-Uhr-Teelich mit besonderer Sorgfalt auswählte, hat das Modedesign Landauer in einer verführerischen Zusammenstellung vorführen lassen. Farben: sehr viel schwarz mit weiß, frisches rot und resed, natürlich auch das unvermeidliche marine-blau, auch sah man sehr beige und außerdem viele Farben, die in die neue Modenstala aufgenommen sind. Zum Schluss für den Abend die wirklich rein weibliche Linie: Man sah Stilleider mit Chiffonvolants, Chiffonkleider mit süßen Volants unter dem Mod hervorhebend, die Röcke reich und schwanzartig drapiert. Spiegel diese Kleider haben das verlängerte Profil, vorherrschend vorne kürzer und hinten länger. Die Firma Geschwister Gutmann zeigte Hüte, vornehmlich Karrier und Wiener Modelle, ausgezeichnete Erotenhüte, Strohhüte aller Art, mit schicken Garnituren, sehr leidame Toques usw. Die Firma Loew-Söglke brachte ihre Schuhe. Ein Paue trug sie auf einem Kissen. Auch hier herrschte wieder eine Fülle der Arten, der Formen und Stoffe. Die Firma Bloss liefert die vielen prachtvollen Handtaschen, die von den Vorführdamen getragen wurden, aber auch die schönen Fächer und die leidsamen Ketten. Lebhafte Applaus fanden ferner die Kleider, die zu den Kleider getragen wurden. Die Wirkung der Vorführung wurde erhöht durch die Farbenpracht der von der Firma Drehschuh & Siegel, G. m. b. H., Karlsruhe, Kaiserstr. 197, zur Verfügung gestellten Leppiche. Lauffeuer und Bühne waren bedeckt mit echten Stücken von außergewöhnlicher Schönheit, die Leppiche, die die Galerie schmückten, dagegen deutschen Ursprungs, Fabrikate von ganz besonderer Klasse.

Der Film „König der Könige“, vom Leben, Wirken und Leiden Christi, unter Zugrundelegung des Neuen Testaments wird ab Samstag durch die Badische Lichtspiele im Konzerthaus zur Eröffnung in Baden gelangen. Die Kosten der Herstellung dieses amerikanischen Films betragen über 2,8 Mill. Dollar. Rudolf Schildkraut spielt den Kaiphas, Billy Brod den Simon von Cyrene, der Darsteller des Jesus ist G. V. Warner. In den Hauptrollen sind nicht weniger als 59 bekannte Darsteller beschäftigt. Das Manuskript schrieb die bekannte amerikanische Schriftstellerin Jeanie Warpherrion, die Verfasserin des Films „Die zehn Gebote“. Ungeheurer Filmbauern wurden für die Aufnahmen errichtet. Inzerniert wurde der Film durch Corli B. de Wille. Verteiler aller Konfessionen haben den Film sehr günstig beurteilt, u. a. der Fürstbischof von Salzburg, der seine Kirchen für die Aufführung von religiösen Filmen freigab.

Badisches Landesheater. Nach seinem „Christian Bach“ in Richard Dehmels Drama „Die Menschenfreunde“, womit Eugen Klöpfer am Dienstag, den 13. März, mit eigenem Ensemble sein zweimaliges Gastspiel eröffnet, wird der gefeierte Darsteller am Mittwoch, den 14. März, den „Boucaiel“ in der Komödie „Abgemacht — Kuch!“ von Tristan Bernard, Yves Mirande und Gustave Grunin (Text) von Julius Elias) spielen und sich damit unserm Publikum, das ihn als tragischen Schauspieler größten Formats schon kennt, auch als ein Meister in der Gestaltung komischer Figuren vorstellen. Mit dem Hauptdarsteller dieses Lustspiels, Tristan Bernard, erscheint zum erstenmal auch einer der wichtigsten

und erfolgreichsten Autoren der heutigen französischen Unterhaltungskomödie in unserm Spielplan. Das Thema des Stücks bildet die Verschönerung alten Adels mit neuem Reichtum, als dessen unwürdiger Vertreter eben dieser von Eugen Klöpfer verkörperte „Boucaiel“ im Mittelpunkt der Handlung steht. — Die dritte Aufführung von Molnars Bestandlegende „Altkom“ findet am Samstag, den 17. März, statt. Im Konzerthaus gelangt das Lustspiel „Der siebente Tag“ am Sonntag, den 18. März, zur ersten Wiederholung.

Weiternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. In Baden hielt das meist wolfige Wetter an. Zu Niederschlägen ist es nicht mehr gekommen. Eine gestern im Kanal liegende schwache Störung bewegt sich nach Südosten gegen unser Gebiet heran. Dabei werden voranschreitend auch bei uns die Temperaturen leicht ansteigen und zeitweilig leichtere Niederschläge auftreten. Später wird sich die alte Hochdrucklage wieder herstellen. Voraussage für 14. März: Durchzug einer Störung mit leichter Erwärmung und vereinzelten Niederschlägen, später zeitweise aufheitend und wieder Temperaturrückgang, Nordwest- bis Nordostwinde.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. Heidelberg, 8. März. Die Amerikanische Astronomische Gesellschaft hat auf ihrer 49. Versammlung in Newhaven dem Direktor der Heidelberger Sternwarte, Prof. Dr. Max Wolf, zu ihrem Ehrenmitglied ernannt. Zur Zeit leben nur 5 andere Ehrenmitglieder. Die letzte Wahl fand im Jahre 1924 statt.

D. Pforzheim, 12. März. Bei der hiesigen Driskrankenkasse hat sich die Zahl der erwerbsunfähigen Kranken auf 8900 erhöht. Unter den Krankheitsursachen überwiegt nach wie vor die Grippe.

H. Badenweiler, 12. März. Ratsschreiber Seiserle von Badenweiler, eine im badischen Oberland gut bekannte Persönlichkeit, ist heute früh nach längerem Leiden gestorben.

H. Freiberg, 13. März. Die Reichsbahn wird in diesem Sommer erstmals die seitler nur vom 1. Juli bis 15. September verkehrenden Speisewagen in den Tagesschnellzügen während des ganzen Sommerdienstes verkehren lassen.

D. Billaringen (Amt Säckingen), 12. März. Die Haushälterin eines Sägereibesetzlers in Billaringen kam an einem Sonntag im November 1925 in Abwesenheit des Besitzers mit einem Kinde nieder. Am das Kind aus dem Bege zu räumen, erschlug der Sohn des Besitzers im Einverständnis mit der unnatürlichen Mutter das neugeborene Kind mit einem Rehrdeisen. Der Vater verbrannte danach die kleine Leiche angeblich im Badofen. Durch Verede kam jetzt die Tat ans Tageslicht. Die drei Schulbigen wurden verhaftet und haben gestanden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Zebissenotierungen

	13. März		12. März	
	Gelt	Preis	Gelt	Preis
Amsterdam 100 G.	168.09	168.43	168.21	168.56
Kopenhagen 100 Kr.	111.93	112.15	111.99	112.21
Italien 100 L.	22.075	22.115	22.10	22.14
London 1 Pf.	20.389	20.429	20.397	20.437
New York 1 D.	4.1790	4.1870	4.1800	4.1880
Paris 100 Fr.	16.44	16.48	16.44	16.48
Schweiz 100 Fr.	80.42	80.58	80.46	80.62
Wien 100 Schilling.	58.84	58.96	58.81	58.99
Prag 100 Kr.	12.383	12.403	12.385	12.405

Zur gegenwärtigen Wirtschaftslage der Rheinschiffahrt. Die Rheinschiffahrt befindet sich nach Mitteilung des Vereins zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen zur Zeit in einer kritischen Lage, unter der ganz besonders die deutsche Rheinschiffahrt zu leiden hat. Die reinen Einnahmen bleiben unter den Ausgaben. Die Schiffsflotte von den Ruhrhäfen nach Mannheim ist von 103 Bg. je Tonne 1912 (nach den amtlichen Notierungen) und 99 Bg. 1913 auf 94 Bg. im Jahre 1927 gesunken, diejenige von den Ruhrhäfen nach Rotterdam von 131 Bg. 1913 auf 95 Bg. 1927. Die Schlepplöhne Ruhrhäfen-Mannheim blieben mit 100-110 Pf. unverändert. Infolge der Frachtlage können die reinen Betriebskosten noch nicht einmal gedeckt werden; eine Verzinsung und Amortisation der Betriebsanlagen ist unmöglich; es wird mit Verlust gearbeitet.

Aus Mannheims Industrie und Handel wird der „Frankf. Zig.“ berichtet: Die Geschäftslage wird trotz der Erschwernungen, die ihm durch die Nähe des besetzten Gebietes erwachsen, andauernd für gesund gehalten. Die Industrie hat im allgemeinen gute Beschäftigung, doch ist eine Stagnation auf einigen Gebieten zu beobachten. Die Zellstoffindustrie ist bestrebt, eine Verfeinerung der Produktion herbeizuführen zur Belieferung der Kunstseideindustrie. In der Lederindustrie hat sich der Zusammenschluß sehr bewährt; die starke Nationalisierungsmöglichkeit trägt gute Früchte. Die Mollerei hat wegen der schwankenden Getreidepreise sehr vorsichtig operieren müssen. Die in letzter Zeit in der süddeutschen Mühlenindustrie herbeigeführten Verbindungen mit norddeutschen und rheinischen Werken und Konzernen lassen erkennen, daß man auf diesem Wege eine Besserung der Verhältnisse zu bewirken sucht. Man ist bemüht, die in der Preisfrage etwas loszu gewordene Süddeutsche Mühlenvereinigung wieder fester zu fassen. Die Maschinenindustrie hat stark zu kämpfen. In landwirtschaftlichen Maschinen sind nach Ausland größere Abschlüsse erfolgt, die allerdings nur durch längere Kreditgewährung möglich waren. Die Elektrizitätsindustrie ist gut beschäftigt und hat steigende Einnahmen. Die Zigarettenindustrie hat immer noch schwere Zeiten. Mannheim ist aber gegenüber Hamburg und Bremen stark auf gekommen und hat sogar teilweise, namentlich auch in Qualitäten, Oberwasser. Der Getreidehandel liegt andauernd arg darnieder, weil der Plaghhandel speziell in Weizen nur noch geringen Umfang hat und das Geschäft durch die Mühlen direkt mit den ausländischen Importeuren gemacht wird. Die Rheinschiffahrt liegt noch sehr ungünstig; die Tarifpolitik der Reichsbahn macht eine Erholung unmöglich. Dazu kommt die Konkurrenz der französischen Schiffahrt. Dagegen ist die Bedeutung des Mannheimer Hafens für Kohle erheblich gewachsen. Bedeutende Firmen des Ruhr- und Saargebiets haben sich neuerdings hier niedergelassen. Das Holzgeschäft hat sich gut angeschlossen. Aus Baden wurden umfangreiche Holzreparaturgeschäfte nach Frankreich gemacht. Dazu kam vermehrter Bedarf des Ruhr- und Saargebiets und Bedarf infolge der verstärkten Bautätigkeit. Lebhaftes Geschäft auch für den Export hatte und hat die Textilindustrie; nur macht sich die Konkurrenz der elassischen Fabriken durch den mit Frankreich abgeschlossenen Zollvertrag sehr fühlbar.

Eröffnung der Breslauer Frühjahrsmesse. Die Breslauer Frühjahrsmesse und die mit ihr verbundenen Ausstellungen: „Samt und Seide“, „Oderwirtschaft und Oderport“ und „Der deutsche Weinbau“ wurden Sonntag hermitztag eröffnet.



Disconto-Gesellschaft BERLIN

Der Geschäftsbericht für das Jahr 1927 ist erschienen und kann durch unser Archiv und unsere Niederlassungen auf mündliche oder schriftliche Anforderung kostenlos bezogen werden

Zahlreiche Zweigniederlassungen in Deutschland Bankmäßige Geschäfte aller Art

339

Städtische (öffentliche) Sparkasse Baden-Baden.

Bilanz per 31. Dezember 1927.

Vermögen.		Schulden.	
	RM		RM
1. Kasse	30 531,31	1. Einlagen:	
2. Guthaben in laufender Rechnung:		a) auf Sparfonten	4 955 209,54 RM
a) bei Banken und dem Reichsdeputat	38 372,18 RM	b) auf Girokonten	507 188,68 "
b) bei Privaten usw.	938 800,08 "	c) in laufend. Rechnung	36 852,75 "
3. Wechsel	186 671,42	2. Verbindlichkeiten in laufender Rechnung	34 313,13
4. Eigene Wertpapiere	202 522,36	3. Ausgabebestände	10 244,26
5. Betriebskapital bei der Girozentrale	177 000,-	4. Rücklagen:	
6. Darlehen:		a) gesetzl. Ende 1926	131 145,44 RM
a) gegen hypothekarische Sicherheiten	3 858 630,90 RM	Zugang 1927 aus	
b) auf Schuldschein	202 949,38 "	Reingewinn	4 889,73 "
c) gegen Lombard	26 244,65 "	b) für Kurs- und sonstige Verluste:	
d) an Gemeinden	25 500,- "	aus Reingewinn	33 737,40
e) an das Reichamt	116 455,01 "	c) für Aufwertungszwecke:	
7. Forderungsrückstände	4 229 779,84	Ende 1926	354 194,69 RM
8. Verwaltungsgebäude	111 138,63	Zugang 1927	49 246,39 "
9. Sonstige Gebäude	20 671,64		403 441,08 RM
10. Einrichtung	1,-	Abgang 1927:	
		gesetzliche Voraus-	
		zahlungen	181 332,55 "
	5 935 689,46		222 108,53
			5 935 689,46

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Verlust.		Gewinn.	
	RM		RM
1. Vorausgabte Zinsen	348 629,78	1. Vereinnahmte Zinsen:	
2. Persönlicher Aufwand	125 731,24	a) Zinsen aus Aufwertung	49 246,39 RM
3. Sachlicher und sonstiger Aufwand	61 013,25	b) Sonstige Zinsen	518 615,70 "
4. Instandsetzung von Gebäuden, Steuern usw.	57 686,50	2. Gebühren und sonstige Einnahmen	51 433,14
5. Reingewinn	87 873,52	3. Ertrag aus Gebäuden	61 639,06
Verteilung:			
a) Rücklage für Aufwertungszwecke	49 246,39		
b) Rücklage für Kurs- und sonstige Verluste	33 737,40		
c) gesetzliche Rücklage	4 889,73		
	680 934,29		680 934,29

Gemäß § 19 unserer Satzung hat die gesetzliche Rücklage 8% des Einlegerguthabens zu betragen.

Baden-Baden, den 6. März 1928.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Eifner, Bürgermeister.

Der Geschäftsführer: Fritsch, Direktor.

Große Festhalle
Morgen Mittwoch 14. März, 8 Uhr
Anna
Pawlowa
mit ihrem Ensemble
Karten von 2 bis 8 RM. bei
Kurt Neufeldt
Waldr. 30, Tel. 2577

Straßensperre.
Die Landstraße Nr. 2, Mannheim-Neßl, wird auf der Strecke von km 70,390 bis km 73,398, d. i. zwischen Grünwinkel und der Amtsgrenze Etlingen zwecks Herstellung von festen Straßendecken für Fuhrwerke aller Art vom 19. März 1928 an auf die Dauer von sechs Wochen gesperrt.
Umgehungsweg: Von Mühlburg über Karlsruhe, Rippurr, Etlingen, Neumalsch nach Kastatt.
Zwischenhandlungen werden gemäß § 121 B. Str. G. B. mit Geld bis zu 60 RM oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.
Karlsruhe, den 9. März 1928. O.-R. 18
Bd. Bezirksamt Abt. IV.

Badisches Landestheater
Mittwoch, 14. März 1928
Außer Miete
Zweites und festes Gastspiel
Eugen Adyfer
mit seinem Ensemble
Abgemacht Auf
von Bernarb, Mirande
und Quinon
Regie: Ludwig Jubelsky
Marquis Jubelsky
Gaston Geroldine
Ranitz
Steinfied
Friedt
Köpfer
Boucatel
Gräfin
Bicomte
Reclere
Philipp
Anfang 20
I. Rang und I. Sperrfisch
Do. 15. März: Zwölfstünd
Fr. 16. März: Es Traviata

Leib Bücher Wissen zu Macht!
5,2 km Bettungs-
nung der Strecke Freiburg
-Basel zwischen den Bahn-
höfen Efringen -Kirchen
und Haltingen nach der
Verdingungsordnung für
Bauleistungen Ausgabe
1926 nach Rosen zu ver-
geben. Bedingnisheft und
Angebotsdrucke liegen
bei dem Reichsbahn-Bau-

Ziehungsliste der Mathaisemart-Lotterie Schriesheim, 1928.

Los-Nr.	Gew.-St.	Los-Nr.	Gew.-St.	Los-Nr.	Gew.-St.	Los-Nr.	Gew.-St.	Los-Nr.	Gew.-St.	Los-Nr.	Gew.-St.
6	309	2493	48	5188	355	8005	198	10292	441	12898	357
7	486	2503	400	5208	356	8072	74	10443	36	12899	148
42	418	2521	299	5226	19	8088	419	10486	316	12933	147
44	352	2535	276	5231	496	8092	174	10504	494	12946	239
65	382	2563	416	5251	475	8094	273	10567	226	12962	330
73	8	2593	243	5253	22	8126	279	10584	168	12992	430
74	377	2657	202	5297	56	8237	81	10605	312	12996	448
77	150	2701	324	5300	331	8247	157	10608	458	13018	481
79	447	2815	436	5311	335	8303	289	10730	295	13097	277
102	406	2845	359	5335	178	8363	322	10752	280	13098	284
128	49	2858	472	5354	281	8389	258	10744	348	13100	93
155	365	2839	409	5361	55	8403	235	10754	149	13120	358
196	256	2962	488	5405	65	8413	25	10797	197	13128	269
206	401	2998	362	5452	131	8497	385	10845	219	13148	203
263	313	3013	454	5466	172	8506	240	10894	451	13203	370
361	456	3032	414	5489	462	8517	177	10896	354	13220	497
373	53	3043	407	5591	301	8539	169	10929	347	13307	478
401	113	3045	164	5592	96	8601	125	10937	20	13345	440
421	282	3059	52	5601	432	8625	212	10963	115	13356	84
466	40	3160	471	5605	76	8662	139	10994	187	13357	244
494	275	3167	241	5637	272	8667	204	11039	350	13371	63
519	121	3175	156	5677	1	8730	126	11074	237	13385	207
543	225	3202	310	5715	90	8788	17	11076	376	13405	353
548	332	3254	252	5802	70	8824	470	11094	287	13483	64
613	201	3258	236	5827	271	8862	393	11118	290	13555	173
681	257	3266	311	5844	38	8880	231	11152	200	13559	476
682	460	3354	390	5857	306	8884	298	11170	180	13585	294
744	57	3366	144	5876	425	8917	394	11200	10	13618	33
762	410	3390	152	5913	233	8934	13	11211	341	13659	116
916	428	3408	329	5919	438	9019	103	11247	487	13668	32
950	146	3438	218	5984	380	9024	420	11275	423	13690	265
954	175	3439	82	6297	397	9089	78	11305	73	13698	303
1097	206	3490	134	6312	151	9117	474	11331	166	13713	11
1126	343	3507	319	6374	482	9155	443	11351	480	13728	100
1137	339	3516	221	6397	263	9178	461	11359	308	13732	42
1155	176	3595	45	6415	336	9185	217	11455	345	13740	434
1230	327	3598	435	6426	274	9201	232	11456	85	13765	338
1278	83	3641	373	6465	190	9211	499	11479	426	13771	328
1284	105	3658	71	6476	99	9228	375	11497	79	13835	132
1329	28	3809	167	6490	214	9231	351	11532	165	13985	386
1397	191	3836	242	6502	446	9236	54	11534	137	13988	384
1420	124	4022	321	6504	160	9241	391	11545	181	13997	29
1443	12	4023	4	6509	493	9273	95	11546	14	14009	43
1456	457	4058	200	6569	408	9286	143	11565	378	14040	128
1495	192	4062	205	6634	459	9316	129	11580	284	14096	30
1585	307	4112	292	6667	101	9345	367	11590	372	14110	159
1603	161	4126	388	6702	473	9347	107	11592	297	14114	87
1617	337	4169	3	6706	163	9349	80	11656	363	14146	230
1623	283	4170	371	6725	253	9386	94	11667	123	14179	171
1636	229	4181	381	6729	86	9438	158	11683	278	14180	26
1647	491	4280	346	6787	92	9457	464	11710	255	14194	431
1716	305	4316	179	6797	450	9459	155	11726	344	14214	261
1745	392	4339	34	6824	315	9487	44	11817	2	14227	130
1748	189	4364	47	6833	429	9551	251	11842	211	14232	104
1771	215	4430	467	6869	479	9582	304	11856	111	14238	396
1774	222	4556	199	6906	369	9587	268	11866	342	14263	466
1786	112	4578	142	6920	411	9602	15	11888	9	14275	405
1814	194	4610	223	6936	193	9664	326	11944	75	14335	66
1823	250	4616	498	6965	41	9677	500	11972	24	14363	21
1840	398	4617	490	7082	170	9731	415	12031	249	14397	325
1841	379	4624	439	7095	368	9762	182	12044	288	14471	333
1896	195	4630	109	7118	91	9774	387	12062	254	14472	62
1908	184	4662	227	7130	465	9808	421	12097	395	14485	122
1943	349	4679	220	7149	293	9811	489	12115	31	14488	424
2044	483	4695	35	7169	140	9844	72	12120	445	14489	399
2046	238	4702	234	7176	296	9850	455	12204	77	14499	5
2095	404	4715	23	7389	364	9861	247	12210	183	14532	422
2114	245	4732	323	7391	136	9888	61	12385	6	14568	185
2127	302	4770	314	7405	17	9941	262	12387	102	14591	389
2183	402	4778	412	7503	138	9949	50	12407	133	14664	300
2188	433	4795	216	7507	453	9953	248	12408	213	14692	196
2231	118	4801	463	7517	285	9972	120	12442	449	14697	318
2262	154	4810	492	7522	228	9979	334	12492	413	14700	417
2310	266	4838	208	7542	317	9990	7	12504	27	14808	89
2314	37	4879	141	7548	259	10013	110	12539	427	14813	143
2365	485	4886	67	7569	135	10071	374	12553	366	14859	88
2379	127	4902	442	7680	495	10099	270	12618	361	14882	188
2405	68	4915	403	7741	224	10136	383	12652	97	14927	320
2418	153	5007	108	7771	119	10138	89	12704	246	14950	106
2429	468	5029	59	7847	117	10139	286	12824	340		
2440	209	5033	114	7880	51	10160	210	12852	487		
2442	18	5044	162	7984	469	10255	58	12876	284		
2483	360	5108	477	8001	452	10271	444	12896	467		

Für lebende Gewinne werden 80% in bar ausbezahlt.
Nachstehende Prämien fallen auf die angegebenen Gewinnnummern: